

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 9,10 Mk. für den Monat. Politischkonto: Nr. 23.885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechnr.-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 10. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verleumdungs- und Verleumdungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Gegen den neuen Burgfrieden.

Aus der größten Großstadt wie aus den Dörfern hagelt es jetzt „Protestkundgebungen“. Landes-, Stadt- und Gemeindepardamente, Bürgerräte, Unternehmerorganisationen, die Zirkel der Gewerkschaftsführer usw. füllen mit ihren Kundgebungen „gegen das unmenschliche Pariser Diktat“ die Spalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Diese papiernen Proteste können uns wenig imponieren und wir würden nicht zu ihnen Stellung nehmen, wenn man nicht versuchte, in sie die Arbeiterchaft hineinzuziehen, um diese zum Burgfrieden mit dem Unternehmertum, mit der kapitalistischen Klassenherrschaft zu verleiten.

Dagegen muß in öffentlichen, in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung genommen werden. Der nationalen Einheitsfront aller Kapitaldiener müssen die Arbeitermassen die internationale Einheitsfront der proletarischen Klasse entgegensetzen. Statt sich wie die S.P.D.-Führer in den Gewerkschaften und sonstwo an die Regierungen Deutschlands und die Entente zu wenden, muß die deutsche Arbeiterchaft sich selbst und das Proletariat der Ententeländer zum Kampf gegen das Weltkapital, gegen die Weltgegenrevolution im engsten Bündnis mit Rußland aufrufen. Dabei muß das deutsche Proletariat durch die schnellste Formierung einer großen Kampffront gegen das deutsche Unternehmertum und seine Stinnesregierung, gegen die Gegenrevolution in Deutschland den ersten, das Proletariat der ganzen Welt anfeuernden und ihm Vertrauen abzwingenden Schritt tun. Den kapitaldienerischen Gewerkschaftsführern muß überall das Mißtrauen ausgesprochen werden.

Genossen, auf! Steht auch an diesem Teil der Front der proletarischen Revolution euren Mann, schlägt fest und sicher treffend drein. Trennt die Arbeitermassen von den in der burgfriedlichen nationalen Einheitsfront aller Kapitaldiener stehenden S.P.D.- und U.S.P.-Führer in den Gewerkschaften und Betrieben.

Der Burgfrieden in Neuauflage.

W.Z.B. meldet:

„Der Reichsminister des Äußern nahm gestern Gelegenheit, sich im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Auch hier ergab sich vollkommene Uebereinstimmung der Vertreter d. r. Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.“
Es wurde festgestellt, daß an der Besprechung auch Vertreter des A.D.S.V. teilnahmen. Sie haben ihre „vollkommene Uebereinstimmung mit dem von der Regierung

eingenommenen Standpunkt“ kundgetan. Die sonst sich so sehr gegen Politik in den Gewerkschaften wehrenden Gewerkschaftsführer marschieren in Arm mit der Stinnesregierung vor der Entente auf. Wie am 4. August 1914 formieren sie mit der kapitalistischen Regierung und dem Unternehmertum die nationale Einheitsfront.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß gegen diese neue politisch und wirtschaftlich burgfriedliche Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoise Sturm laufen, wenn sie nicht wieder eines Tages vor einer Katastrophe wie am 4. August stehen will. Sie muß in Betriebs- und Gewerkschafts-Versammlungen zu der gefährvollen außenpolitischen Lage Stellung nehmen und in Beschlüssen den verräterischen Gewerkschaftsführern in den Orts- oder Hauptvorständen ein Mißtrauensvotum übermitteln. Sie muß gleichzeitig im Gegensatz zu den rechtssozialistischen Gewerkschaftsführern ihren Willen zum Kampf gegen die Weltkonterrevolution, für die Herrschaft des Proletariats im engsten Bündnis mit Rußland kundtun.

In den Klauen der Orgeßch.

Wie der „Schlesischen Zeitung“ aus Berlin berichtet wird, ist in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts eine Beschlusssatzung über die in London einzunehmende Haltung Deutschlands nicht erfolgt, da zunächst die Stellungnahme der bayerischen Regierung abgewartet werden soll.

Das von uns Vorausgesagte ist schneller und krasser eingetreten als wir glaubten. Man wird nun in der Form wahrscheinlich ein Kompromiß abschließen, in der praktischen Stellung zur Entwaffnungsfrage aber wird die Stinnesregierung in Berlin den Wünschen der Münchener Escherich-Regierung willfahren.

Der Gang nach Canossa angemeldet.

In München hat der Ministerrat inzwischen zunächst die Haltung des Ministerpräsidenten von Raahr in Berlin gutgeheißen und dann eine Brücke nach Berlin geschlagen durch die Formel, „auf der einheitlichen Behandlung des durch die Pariser Beschlüsse gegebenen Fragenkomplexes zu beharren und abzuwarten, welche Entscheidungen man in London in der Reparationsfrage und Entwaffnungsfrage treffen wird. Erst dann sei in der Wehrfrage das letzte Wort zu sprechen.“

Die Stinnesregierung kann also jetzt ohne Bruch mit München nach London gehen, jedoch jetzt in den Klauen des Orgeßchönigs Raahr. Sie hat nun dementsprechend beschlossen:

Berlin, 8. Februar. Das Auswärtige Amt hat der hiesigen französischen Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter.

Vor dem Streik.

Berlin, 8. Februar. Die Arbeiter der Stadt Berlin haben jetzt mit der Tarifkommission der städtischen Verwaltung vereinbart, daß ihnen rückwirkend bis zum 1. November eine Erhöhung der jetzigen Bezüge um 15 Prozent bewilligt wird, ferner soll vom 1. Februar ab der Stundenlohn um 10 Pfennige erhöht werden. Da der Magistrat dieser Forderung bisher nicht zugestimmt hat, so haben die Funktionäre der Arbeiterschaft beschlossen, eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeizuführen. Indessen ist von den Funktionären schon jetzt erklärt worden, daß im Falle einer Herabsetzung der Forderungen durch den Schlichtungsausschuß der Generalstreik proklamiert werden würde. Der Schlichtungsausschuß wird morgen zu dem Streit zwischen Magistrat und Arbeitern Stellung nehmen. Falls keine Einigung zustande kommt, werden die Arbeiter möglicherweise schon am Donnerstag in den Streik eintreten.

Wohnungsnot und Mietshöhe.

Seit dem Rapp-Putsch machen auch die Hausagrarier einen Sturmangriff nach dem anderen auf die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen. Wie die Junker mit den Lebensmitteln, die Industriellen mit den Industrieprodukten wollen sie mit den Wohnungen hemmungslos, die Not des Volkes ausnützend, bei hohen Preisen große Profite machen. Der Weltmarktpreis für neu hergestellte Wohnungen ist das Ziel, das sich die Hausagrarier als Höhe der Mieten für die alten Wohnungen gesetzt haben.

Das haben sie zwar bei der Stinnesregierung noch nicht ganz durchsetzen können. Aber erreicht haben die Hausagrarier bereits die Durchlöcherung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen 1. durch den Entwurf eines Reichsmietengesetzes, das jetzt dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorliegt, und 2. durch den von den bürgerlichen Reichstagsparteien einschließlich Rechtssozialisten beschlossenen Entwurf eines Mietssteuergesetzes.

Das Reichsmietengesetz bohrt in die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen zwei Löcher, durch die sie sich vor Bestimmungen der Höchstmietensordnung brücken können. Das eine Loch ist die Bestimmung, daß eine Steigerung der Miete „insofern erfolgen kann, als sie durch erhöhte Betriebs- oder Instandhaltungskosten notwendig geworden ist.“ Der Hausbesitzer kann eine Erhöhung der Mieten dann „vom nächstzulässigen Kündigungsstermin ab, unter Umständen auch schon früher“ erzwingen, heißt es in der amtlichen Kundgebung über das Reichsmietengesetz. Die Landes- und Gemeindebehörden, deren Hausagrarierfreundlichkeit meistens groß ist, haben als höchste Instanz über die Grenzen der Mietererhöhungen zu bestimmen. Damit ist der Erhöhung der Mieten Tür und Tor geöffnet.

Das andere Loch in die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen ist die Bestimmung, nach der Neubauten nicht mehr den Vorschriften der Höchstmietensverordnung und dem Reichsmietengesetz unterliegen. Die Höhe der Wohnungsmieten in Neubauten wird auch durch diese schwachen Schranken nicht mehr beschränkt. Damit ist die Bemessung aller Wohnungsmieten nach den Kosten des Neubaus von Wohnungen als Prinzip anerkannt. Ist das erst einmal in Kraft, dann ist es den Hausagrarier ein leichtes, nachzuweisen, daß zur Förderung des Wohnungsbauwesens eine allgemeine Erhöhung der Mieten auf die Höhe der Neubaulosten notwendig sei.

Dazu nun noch das Mietssteuergesetz, das als Initiativantrag von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten im Reichstag eingebracht und angenommen wurde. Die Steuer wird natürlich auf die Schultern der kleinen Mieter fallen. Sie soll angeblich zur Förderung des Wohnungsbauwesens durch den Staat dienen.

Ganz abgesehen davon, daß die Erfahrung gelehrt hat, daß alle für soziale Zwecke bewilligten Gelder den Inhabern von Kreditsanleihen zufließen, bedeutet das auch eine Festlegung darauf, daß der Neubau von Wohnungen auf Kosten der arbeitenden Massen geschehen soll, während die Hausagrarier die Mieter bewuchern und ungeheure Profite einstecken werden. Arbeiter, merkt euch diese Schandtat der Rechtssozialisten bei der Wahl.

Der Ring zu dieser Schröpfung der Mieter wird geschlossen durch Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretern (Mieteräten). Ueber den Inhalt dieser Vorschriften besteht noch Dunkel, aber sie würden dem ganzen Geiste des Gesetzentwurfes widersprechen, wenn sie nicht dazu bestimmt wären, die Mieteräten entsprechend den Interessen der Hausagrarier zu fesseln.

Dieser Feldzug der Stinnesregierung, der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten zu Gunsten des Wohnungswuchers muß einen Sturm in den dabei leidtragenden arbeitenden Massen auslösen. Sie können sich dabei auf die restlose Unterstützung durch die S.P.D. verlassen. Ueber die Mittel und Wege des Kampfes werden wir in einem weiteren Aufsatz schreiben.

Ausland.

Ein wertvolles Zeugnis.

(D.A.) Budapest, 3. Februar. Wie die hiesige rumänische Botschaft amtlich erklärt, hat der rumänische Kriegsminister sich an der bessarabischen Grenze persönlich davon überzeugt, daß die bolschewistischen Truppen nur zu einer Reorganisation und wegen einer besseren Nahrungsmittelversorgung in Bessarabien konzentriert worden sind.

Die Einheitsfront formiert sich.

Aus Landeshut in Schlesia wird uns gemeldet:

Eine am Sonntag, den 6. d. Mis., hier stattgefunden sehr gut besuchte Bergarbeiterversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Gewerkschaftsführer aufgefordert werden, auf Grund des „Offenen Briefes“ der S.P.D. die Proletariereinheitsfront zur sofortigen Aktion herzustellen.

Eine überfüllte öffentliche Volksversammlung in Peilau erklärte sich für den „Offenen Brief“ und ist gewillt, in seinem Sinne unter der Arbeiterschaft Peilaus zu wirken.

Zu einer machtvollen Kundgebung für die proletarische Einheitsfront gestaltete sich die am 6. Februar tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen, die folgende Entscheidung annahm:

„Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Essen, erblickt in dem „Offenen Brief“ der Zentralleitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands die geeignete Grundlage, die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen. Die Generalversammlung fordert den Hauptvorstand auf, unverzüglich von dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zu verlangen, auf der Grundlage des „Offenen Briefes“ eine gemeinsame Kampffront des Proletariats zu schaffen.“

1921 FEBRUAR 9-221

Handwritten mark

Schillers, welche das vornehmste Recht des Menschen, das Recht auf Freiheit, immer wieder betonen, und aus denen ein für die damalige Zeit finsterner Absolutismus ziemlich revolutionäre Geister spritzten, sind leider bei den breitesten Volksschichten, deren Bildung nur auf der Volksschule des alten Regimes beruht, viel zu wenig bekannt. Um unsere Genossen für diesen unseren größten Volksdichter zu begeistern, hat der Bildungs-Ausschuß für diesen Abend in der Persönlichkeit des Professor Dr. E. Kühnemann von der Universität Breslau einen ganz hervorragenden Redner gewonnen. Die plastische Darstellungsart, sprachliche Vollendung und bildhafte Schönheit der Kühnemannschen Rede sind bekannt.

Wir empfehlen auch unseren Genossen den Besuch dieser Veranstaltung, wie der Veranstaltungen des V.A. überhaupt, einmal um des geistigen Gewinnes willen, zum anderen, um dem Anwurf unserer Gegner von der geistigen Trägheit des Proletariats und dem Vorwurf, nur für das materielle Interesse zu haben, zu begegnen. Etwaige Ueberschüsse der Abenddienste dienen dem löblichen Zweck, eine Gewerkschaftsbibliothek zu finanzieren und zu erweitern. Aus der Erkenntnis heraus: „Wissen ist Macht“ soll deshalb jeder Genosse diese Bestrebungen unterstützen und lieber auf Kino und Karneval verzichten, gilt es doch Eure geistige Förderung!

Lokales.

Breslau, den 10. Februar 1921.

Zum Streik in der Herren- und Knabenkonfektion. Die „Volkswacht“, das Organ derer, die gern in Arbeitsgemeinschaft und Burgfrieden mit dem Kapital machen, schreibt in ihrer Nummer vom Montag, den 7. Februar: „Die Arbeitgeber, die in letzter Zeit riesig verdient haben, konnten durch nur wenig Entgegenkommen diesen Streik verhindern“. So sehen die Gewerkschaften in der Furcht aus. Die Arbeitgeber hätten nur ein kleines Almosen den Arbeitern bieten brauchen, nur ein paar Pfennige von dem, was die Arbeiter fordern und zu ihrer Existenz unbedingt verlangen müssen und man hätte sich nicht geübt, den Streik abzublauen.

Kollegen! So kämpft man nicht. Es muß euch gelingen, den begonnenen Kampf auf die breiteste Grundlage zu stellen, um die gestellten Forderungen als Mindestforderungen durchzusetzen.

Der Bürgererrat. Er hatte am Montagabend einen vollbesetzten Saal im Friedberg. Zutritt hatten nur Ausgewählte und solche, die ihre politische Stundenzahl nachweisen konnten. Den Ausschlag gab das „schöne“ Geschlecht. Man konnte da viel „Frauenpolitik“ hören; über die Schicksale der Dienstmädchen, die sich weigern, für Hungerlöhne den Streik der Herrschaften wegzunehmen, die die „Gnädige“ befehlen; über die Kommunalisierung der Frauen in Sonja-Rußland, über Zerrüttung der Familie durch den Sozialismus. Die „hohe“ Politik verflüchtete, als der Vorsitzende des Bürgerrates die Versammlung eröffnete. Mit viel Pathos und ungetrübtem Sachkenntnis entwickelte er die Notwendigkeit des Bürgerrates, seine Entstehung, in dem allgemeinen Niedergang durch die Revolution, seine Aufgaben und seine Ziele, und mit einer Verbeugung gegen Herrn v. Versner überließ er es ihm, über den Friedensvertrag von Versailles das zu sagen, was

der deutsche Bürger sich so gern sagen läßt. Herr v. Versner sprach mit gedrückter Stimme, ohne Begeisterung, ohne den gemachten Pathos des Vorstehenden. Der Ernst des Kampfes, den er als Repräsentant des zusammengebrochenen deutschen Imperialismus gegen den wußtahnenden und rachedürstigen der Entente führen mußte, lag in seinen Zügen, in seinen Worten. Und die Enttäuschung über die würdelose Versammlung, vor der er sprechen mußte. War er doch gezwungen, der Versammlung zuzurufen, daß das, was er hier ausführe, kein Grund zum Lachen sei. Mit einer Resolution, die die Revivierung des verfallenen Vertrages und die Ablehnung der Pariser Bestimmungen fordert, die den Willen des Breslauer Bürgerrates ausdrückte, auch die Folgen der Ablehnung auf sich zu nehmen, jäh die „impotente“ Versammlung. Dann ging man nach Hause, oder in die Bars und Dielen und schwärmte sich die häßlichen Gedanken an die Not und das Elend bei Wein und Zelt hinunter.

Der Versuch des Breslauer Bürgerrates, die Breslauer in die nationale Einheitsfront einzugliedern, ist an dem Niveau der Versammlung täglich gescheitert.

Mitpreussischer Ton. Man schreibt uns: Auf der Abwicklungsstelle des früheren Generalkommandos wurde ich bei der Erledigung einer schon seit einem Jahre schwebenden Zahlungsforderung zunächst von dem Rechnungsrat Jendruske im Unteroffiziersrang empfangen. Der Herr sprach ganz wie in Wilhelm's Zeiten von „Fresse halten“ usw. Dann wurde ich zum Geheimrat Marschall abgehoben. Dieser hobte Herr versiegte sich sogar, aus dem Kaiserhoflexikon Worte wie „Schwein“ usw. herauszubringen. Die Herren fühlen sich schon wieder.

Die Oberpostdirektion teilt uns mit: Vom 10. Februar ab sind die Schalterdienststunden bei dem Postamt 4 (Schloßstraße) auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und 2^{1/2} Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags und bei dem Postamt 11 (Büttnerstraße) auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und 2 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags erweitert worden.

Magistrats-Mitteilungen.

Durch Bekanntmachung im Anzeigenteil werden die März- und Aprilmarken der Winterkohlenarten zur Belieferung freigegeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch die Stammlarte d. i. der nach Abtrennung der Marken verbleibende Teil der Kohlenarte mit einer Sondermenge beliefert wird. Die Stammlarte ist daher gut aufzubewahren. Weiter verweisen wir auf die Bekanntmachung der Stadtbereitungsstelle im Anzeigenteil über Brotausgabestellen.

Versammlungskalender.

Achtung Genossenschaftskassierer! Sämtliche Genossenschaftskassierer haben bestimmt bis zum 10. Februar in der Geschäftsstelle des Sozialistischen Verlages abzurechnen. Sämtliche Marken sind bis zu diesem Termin wegen Nachprüfen des Bestandes abzuliefern. Zurückgehaltene Marken verlieren mit dem 10. Februar ihre Gültigkeit und müssen als verkauft angerechnet werden. Sämtliche Unterbezirksführer haben sofort an die Bezirksleitung in Breslau zu melden, wieviel Stimmzettel sie für ihren Unterbezirk brauchen. **Kriegsgruppe Breslau.** Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 10. Februar. Referent: Genosse Klein. Lokal: Mehlgasse 11 (Zausenloch). **Kommunistische Jugend.** Schule Minoritenhof 1/3. Donnerstag, den 10. Februar, abends 7^{1/2} Uhr. Vortrag: Die kommunistische Jugend und die Mädel.

Neu-Balbrunn. Jeden Sonnabend Diskussionsabend. Sonntag, den 13. Februar, vorm. 8^{1/2} Uhr, Mitgliederversammlung im Finsterbrunn. Wahlarbeit kein Genosse darf fehlen. **Agitationsbezirk Siegnitz, Ortsgruppe Siegnitz.** Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Reichspräsidenten-Wandelehrer-Kursus. — Sonntag, den 13. Februar, früh 9^{1/2} Uhr, große Beamten- und Angestellten-Versammlung im Reichspräsidenten-Wandelehrer-Kursus. Referent: Genosse Gruschwitz, Breslau. Genossen, agitiert fleißig für zahlreiche Besuch. **Altwasser.** Jeden Donnerstag Diskussionsabend. **Ober-Grasendorf.** Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur guten Laune“.

Alle unsere Referenten und Ortsgruppen haben darauf zu achten, daß unsere Broschüren, Zeitschriften und „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ in unseren öffentlichen Versammlungen verkauft werden. Die Genossen, die noch keine Broschüre haben, müssen sich umgehend an die Kommunistische Bucherei, Breslau 6, Gräbischer Straße 46, wenden. Ortsgruppen, die für die Tätigkeit in den Gewerkschaften noch Probenummern des „Gewerkschafters“ benötigen, können diese bei der Bucherei bestellen.

Die Distrikte haben sofort durch ihre Literatur-Oberteile die neue „Russische Korrespondenz“ Nr. 19/20 und „Die Kommunistin“ Nr. 2 abzuholen. Die Distrikte, die ihre Broschüre noch nicht abgeholt haben, müssen dies sofort nachholen.

Literarisches.

Material für die Arbeit in den Gewerkschaften.

Karl Lange. Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914 bis 1919. Preis 40 Wfa. **Karlsruhe.** Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Preis 2 Wfa. **Moskau oder Amsterdam.** Preis 1,25 M. **Losowastj.** Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften. Preis 1,25 M. **Losowastj.** Der Internationale Rat des Fach- und Industrie-Verbandes (Moskau gegen Amsterdam). Preis 4 M. Die Gewerkschaftsbewegung ist durch die sozialdemokratische Politik, durch die Arbeitsgemeinschaft in eine Sackgasse geraten. Alle Versuche, innerhalb des heutigen bankrotten Kapitalismus mit denselben Mitteln und Taktiken wie vor dem Weltkrieg den wirtschaftlichen Kampf des Ausgebeuteten mit dem Ausbeuter zu führen, enden mit einem Mißerfolg. Es gilt heute, die Gewerkschaften grundsätzlich zu dem Klassenkampforgan zu machen, das sie sein müssen, wenn man will, daß die soziale Revolution siegreich sein will. Damit jedem Proletarier klar wird, um was es sich handelt, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale kein Werk einzelner Männer, sondern eine elementare Notwendigkeit ist, empfehlen wir obige Broschüre. Besondere Beachtung verdient die letztgenannte Broschüre. Sie ist eine Polemik der Roten Gewerkschaftsinternationale gegen die Gelbe von Amsterdam. **Alle kommunistische Literatur besorgt die Kommunistische Bucherei Breslau 6, Gräbischer Straße 46.** Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Annoucen-Expedition: Breslau 5, Duseumplatz 7. Telefon: Ohle 1001. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Rebert, für Inserate: Liebshwager & Reper. Druck: Buchdruckerei Büffel & Damgel, sämtlich in Breslau.

Leser unserer Zeitung kauft nur bei Simen, die in unserem Blatte inserieren.

Stadttheater. Donnerstag 7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Freitag 7 Uhr: Carmen. **Johr-Theater.** Donnerstag 7^{1/2} Uhr: Gelpenherfonate. **Chalis-Theater.** Donnerstag 7^{1/2} Uhr: Jägerblut. **Schauspielhaus.** Capellenstraße 21, R. 2545. Täglich 7^{1/2} Uhr: Die kluge Major. Sonntag nachm. 8^{1/2} Uhr: Der ideale Bauer.

Lieblich-Theater Täglich 7^{1/2} Uhr: **JllenebsLöwen** und das glänzende Februar-Programm.

Ein Posten Jacken-Reithosen billig zu verkaufen bei Handelsmann Müller, Oberlangensielas, Weigelsdorfer Straße 1.

HAARNISSE Kopfschneider — Bart — Kopf-Nase entfernt garantiert in 2 Stunden restlos **NISSKA D.R.G.M. Der Wunderkamm** 705 295. Verlangen Sie kostenloses Anführungs-Buch in Drogerien und einschlägigen Geschäften oder vom Allein-Hersteller **FR. B. MÜCKENHAUPT NÜRNBERG B. 4.**

Beziehung von Kohle, Holz und Stroh zu Winterkohlenarten.

1. Für die Zeit vom 1. März bis 30. April soll werden geliefert:			
an die Hauptstellen (15 u. 16) der Karte A je 3 St.			
April (17 u. 18)	A 3	= 11	3
Mai (15 u. 16)	B 1	= 2	5
Juni (17 u. 18)	C 1	= 2	6
Juli (15 u. 16)	D 2	= 4	7
August (17 u. 18)	E 3	= 6	9
September (15 u. 16)	F 3	= 7	11
Oktober (17 u. 18)	G 2	= 4	13
November (15 u. 16)	H 5	= 10	18
Dezember (17 u. 18)	H 3	= 6	

Die Marken können bereits vom 10. Februar 1921 ab geliefert werden. Die Beziehungen der Marken 11, 12, 13 und 14 geht in jedem Jahre vor. II. Der Kohlenhändler muß die in den einzelnen Marken beifolgenden Marken-Nummern mit der üblichen Übergang an das Büro für die Kohlenübergang durchgeben. Die Marken 15, 16, 17 und 18 werden am 30. April 1921, die Marken 11, 12, 13 und 14, die bereits bekannt gemacht, am 28. Februar 1921 anständig. III. Es muß der gesamte Teil der Kohlenkarte (Einschleife) mit einer Sonderkarte versehen werden, die sich nach Nr. 12. befindet in die Marken aufzuführen. Der Magistrat.

Reklame

G. m. b. H.

Annoucen-Expedition

Breslau

Museumplatz 7 * Telefon Ohle 1391.

Bekanntmachung. Die Brauereibetriebe bei dem 16. Polizeirevier, Schillerstraße 6 und bei dem 5. Polizeirevier, Eisenbahn 3, werden am Freitag, den 2. Februar 1921 am Donnerstag, den 10. Februar, nach den Festhalten der Justizbehörde, Jägerstraße 5, 1. (Ganggang Neue Brauereistraße) verlegt. In den Haupttagen wird bei jedem bis 2 Uhr nach im Uhrzeigersinn in der Schillerstraße abgefahren. Stadtbereitungsstelle.

Altimetalle In der Jägerstraße 26. **Gehrock-Anzug** gut angepasst, leicht zu waschen, Duseumplatz 7, 9 III.

Salz Tichauer & Co Neue Zafschstraße 25b Kaufstraße 63 Friedr.-Wilhelm-Str. 12 am Hauptplatz Leistungsfähige Schuhwarenhandlung am Platz.

Alt-Metalle In der Otto, Reibstraße. **Konfirmanden-Anzüge** verkauft Schubert, Markt 5.